

# Die SPD für die Pfaffen-gehälter

Im Preussischen Staatsrat, in dem fast unter Ausschlag der Öffentlichkeit tagenden Oberhaus in Preußen, fanden in den letzten Tagen einige Vorlesungen zur Beratung, die allgemeineres Interesse haben.

Das Innenministerium legte wiederum eine Mitteilung vor, wonach die bisher kommunale Polizeiverwaltung in ganz kleinen Orten verstaatlicht werden soll. Diesmal handelt es sich um die im Magdeburger Gebiet liegenden Ortsteile Schönebeck, Bad Salzelmen und Frohitz. Im Verfassungsausschuss teilte der Regierungsvorleser mit, daß die Verstaatlichung der Polizei geschehe, weil die Arbeiterkassen Schönebecks leicht überhand nehmen könnten. Im Plenum des Staatsrates kritisierte die kommunistische Fraktion die Verstaatlichung der Polizei aufs heftigste und sprach die Überzeugung aus, daß umgekehrt die Entlassung staatlicher Polizei mit ihren monarchistischen Offizieren eine Prostration für die Arbeiterkassen bedeute. Das Ministerium war bei diesen Anlässen überhand nicht anwesend. Auf Antrag der Kommunisten erfolgte Beratung dieses Beratungsgegenstandes, bis das Ministerium genaugen Auskünfte geben würde. Ein Ministerialvortrag erwiderte auch am nächsten Tage, wollte aber zunächst nicht das Wort ergreifen. Erst eine erneute scharfe Kritik und der Antrag auf Herbeiführung des Ministers veranlaßte das Ministerium, sich zu einer allerdings absolut unzureichenden Antwort zu bequemen. Der Regierungsvortrag wogte es im Plenum indessen nicht, die Beschimpfung der Arbeiterkassen in diesen Orten zu wiederholen. Die SPD fand sich nicht bemüht, in Worten oder durch die Abstimmung Einwendungen gegen die Vorlage zu erheben.

Ebenso handlos war das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion bei der Beratung eines Gesetzesentwurfs über die Befreiung der Geistlichen aus Staatsmitteln. In Zukunft sollen zum Zweck der Pfarrereinstellung die evangelischen Landkirchen jährlich 43 Millionen Mark, die katholische Kirche 17,7 Millionen Mark erhalten. Zwar wird in der Begründung der Regierungsvorlage gesagt:

„Die Geistlichen sind keine Staatsbediensteten, weder unmittelbar noch mittelbar, sondern Kirchenbediensteten. Pflicht und Recht der katholischen Kirche ist in der Lage, für die Befreiung und das Ruhegehalt ihrer Geistlichen allein aufzukommen.“

Trotzdem stellt das sozialdemokratische Koalitionsministerium in Preußen den Pfarrern allein über 60 Millionen Mark jährlich zur Verfügung, wozu nach dem Etat auch eine ganze Reihe anderer Ausgaben für kirchliche Zwecke in Höhe von vielen Millionen Mark kommen. Diese reichliche Beschäftigung der Kirche geht selbst bürgerlichen Blättern zu weit. Die Rheinisch-westfälische Zeitung rechnet aus, daß beide Kirchenverbände in Preußen mindestens 140 Millionen Mark jährlich an Kirchensteuern einziehen. Die Kirchen verfügen also in Preußen über mehr als 200 Millionen Mark jährlich, das ist genau die Hälfte des gesamten Einkommensvertrages in Preußen. Die Rheinisch-westfälische Zeitung führt die Zunahme der Kirchenausgaben auf diese unerträgliche Belastung der Steuerzahler für kirchliche Zwecke zurück.

Die sozialdemokratische Fraktion des Staatsrates findet es trotzdem nicht für notwendig, auch nur mit einem Wort gegen die Geheissvorlage Stellung zu nehmen. Im Ausschuss stimmten die SPD-Vertreter geschlossen für die Pfarrereinstellung. Im Plenum wogten es infolge der Anklage des Genossen Bentz nur noch einige SPD-Mitglieder unter Führung des Frankfurter Bürgermeisters Graf, den Pfarrern dieses Gehalts zu bewilligen. — Bei der Beratung der Denkschrift der preussischen Regierung zur Staatsrechtsreform wiederholte die kommunistische Fraktion unsere bekannten Forderungen und trat insbesondere für die Befreiung des Wiederaufnahmeverfahrens gegen Max Höp hin.

In einige Verlegenheit geriet der deutschnationaler Vertreter Dippel, Freiherr von Geil, als er von dem Genossen Ernst Meyer wegen seiner Zustimmung zu der Kürzung der Aufwendungen für Dippel angefragt wurde. Geil gab unumwunden zu, daß Dippel gegen die Unterstutzung Dippels gewarnt wäre, wenn man Bayern nicht Sonderzuschläge aus der Reichsteuer bewilligt hätte. Das Haus nahm die Feststellung des Widerspruchs zwischen den nationalistischen Phrasen und den entgegengekehrten Handlungen dieses nationalistischen Dippelvertragers schweigend auf; niemand wagte, Freiherrn von Geil zu verteidigen.

## Der Wechsel vom 11. Januar

Die vielbesprochene Vereinbarung vom 11. Januar, die in ihren Hauptzügen bereits bekannt ist, hat folgenden Wortlaut:

- Nachdem uns die Zusage gegeben worden ist,
1. daß der Deutschnationalen Volkspartei ein Ministerposten bis 1. Juni 1927 eingeräumt wird,
2. daß die Frage der Verminderung der Ministerfraktion in der gleichen Frist zur Zufriedenheit der deutschnationalen Fraktion geregelt wird,
3. daß im Fall der Nichterfüllung einer dieser Zusagen das Kabinett zurücktreten wird,
4. daß die jetzige Besetzung der Ministerien als vorläufige gilt, soweit sie nicht unter deutschnationaler Mitberatung als endgültig befähigt wird,

erklären wir uns bereit, für die Wahl des Herrn Heibitz zu stimmen.

Die Erklärung ist unterzeichnet von den Deutschnationalen durch Abg. Siebert; ihr Einverständnis gaben die Deutsche Volkspartei durch Abg. Dr. Blüher und Köllig, die Wirtschaftspartei durch Abg. Kaiser, die Demokratische Partei durch Abg. Dr. Seyfert, die Volksrechts- und Aufwertungspartei durch Abg. Dr. von Jurett und die Nationalsozialisten durch Abg. von Müde.

## Eine plumpe Fälschung

Leitete sich vor kurzem die Dresdner Volkszeitung anlässlich des Wahlergebnisses in Mecklenburg. Sie operierte mit einem gefälschten Zahlenmaterial, um auf diese Weise den „katastrophalen Rückgang“ der Kommunisten nachzuweisen. Sie erzählte ihren Lesern, daß die Kommunisten im Jahre 1924 insgesamt 44 765, am 6. Mai 1926 38 463 und am 22. Mai 1927 nur 15 718 Stimmen erhalten haben. Auf Grund des Wahlergebnisses vom 6. Mai 1926 erhielt die KPD 3 Mandate. Das Wahlergebnis vom 27. Mai 1927 hat an dieser Mandatsziffer nicht zu ändern vermocht, so daß damit schon die Unwahrscheinlichkeit dieser Meldung offensichtlich war. Die wirklichen Zahlen für den 6. Mai betragen 18 463. Die Volkszeitung hat also glatt 20 000 Stimmen hinzugeschwindelt. So wie in diesem Falle das uninnige Gerücht über den „Zusammenbruch“ der KPD sich als ein dreifacher und plumper Schwindel enthielt, so verhält es sich auch mit allen anderen Meldungen der linken SPD-Presse, mit denen der Bankrott ihrer eigenen Politik verschleiert und das Abwandern der Arbeiterelemente aus der SPD verhindert werden soll.

## Der Konflikt im Zentrum

Der Konflikt zwischen dem gewählten und dem amtierenden Zentrumslangler wird weiter fortgesetzt. Herr Wirth hat jetzt in Koblenz in einer Reichsbannerversammlung gesprochen und auch dort gegen den Reichsbannerkameraden Marx Stellung genommen. Wirth hat dort erklärt, daß er gegen die Reichsregierung stehe, in der reaktionäre Innen- und Justizminister

# Tschangtscholin auf der Flucht

### Der Vormarsch auf Peking

Wuhan, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach schweren Kämpfen der nationalen Armee ist die Stadt Tschangtscholin in Honan, der Anfang des Weges nach Nordchina, eingenommen und Tschangtscholin vernichtend geschlagen. Ueber 100 000 Soldaten der Nordarmee wurden entwaffnet. Tschangtscholin befindet sich auf der Flucht nach der Mandchurei. Auch nach den Meldungen der bürgerlichen Presseagentur wird die Niederlage Tschangtscholins vollkommen bestätigt. Da Tschangtscholin nicht mehr daran denken kann, Tientsin und Peking zu verteidigen, unternehmen die Imperialisten selbst die „Verteidigung“ dieser Städte. Zahlreiche Truppentransporte werden von Schanghai und aus den Mutterländern nach Tientsin und Peking geschickt.

Der blutige Henker, der im Dienste der Imperialisten die chinesischen Revolutionäre grausam abschlachten ließ, befindet sich nun selbst auf der Flucht, um sich der Volks- rache zu entziehen. Nach den gewaltigen Siegen der Südruppen ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß in wenigen Tagen der Fall Peking und Tientsins erfolgen wird und so ganz China in die Hände der Südruppen kommt.

Hantau, 31. Mai. (Chin. Nation-Agentur.)

In den meisten Provinzen von Mittel- und Ost-Supe, in einem Teil der Provinz Kiangsi und in Ost-Kwangtung liegt die Macht gegenwärtig in den Händen der Bauernverbände. In Hunan und Teilen Supes nimmt die Bauernbewegung schärfere Formen an. Die Bauerschritten hier in den letzten Wochen in verstärktem Ausmaß zu Konjurationen der Bäuerlein der Gutsbesitzer und Verweigerung des Pachtzinses. Teilweise wurde auch, namentlich mit den kleineren Gutsbesitzern, eine Verhandlung über Herabminderung des Pachtzinses und Heberlassung eines Teils des Grund und Bodens an die Bauern erzielt. Viele Großgutsbesitzer und Geldausleiher sind auf der Flucht.

Schanghai, 1. Juni. (Chinesische Nation-Agentur.)

Im Zusammenhang mit den Niederlagen auf Peking und Londoner Sowjetvertreterungen und dem Abbruch der russisch-britischen Beziehungen entfalten die russischen Weisgardisten in Nordchina, unterstützt von den Behörden Tschangtscholins, außerordentlich große Aktivität. Sie betreiben unter anderem energische Vorbereitungen für einen bewaffneten Kampf mit der Sowjetunion. Der Offiziersverband diskutierte über eine Reihe von Maßnahmen, um die weisgardistischen Militäreinheiten zu reformieren. Gleichzeitig werden Banden organisiert, die an verschiedenen Punkten Heberfälle auf das Territorium der Sowjetunion machen sollen. Tschangtscholin soll seinem Hauptquartier befohlen haben, weisgardistischen Organisationen jede Vereinstätigkeit zu gestatten, desgleichen die Herausgabe von

leien. Den Ausdruck Gehinnungslumperei habe er von den Deutschnationalen übernommen. Wenn der Zentrumslangler jetzt auf eine Beschwerde der Deutschnationalen geboriam reagiere, beweise er ihn deswegen nicht. Er werde sich nicht in die Ecke zurückziehen, wenn ein Zentrumshauptling die Stirn runsetzt; dann nehme er Hut und Wanderstab und gehe.

Die Germania, das führende Zentrumblatt, erklärt, daß von einem ersten Konflikt keine Rede sein könne. Die Germania muß das ja wissen. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß Wirth der Verfasser der These ist, auf Grund deren die Zentrumspartei mit den Deutschnationalen die Regierung bildete. Auch bei Bildung der Regierung vollführte Wirth ein oppositionelles Manöver, um die rheinischen Arbeiter zu beruhigen. Die Entwicklung hat die Dinge zugespielt und die Fragen schärfer gestellt.

Interessant ist, wie die SPD jetzt verfährt. Wirth auszusagen; die Provinzpresse vermeidet möglichst jeden Kommentar. Doktor Marx, der jetzt Wirth riefelte, weil die Deutschnationalen sich beschwerten, der jetzt offen mit den Deutschnationalen gegen die gelinde republikanische Opposition Stellung nimmt, war der Kandidat der Sozialdemokraten. Wir haben damals erklärt, Marx wird die gleiche Politik machen wie Hindenburg. Die Sozialdemokraten schrien damals Nord und Brand, nannten uns „Verräter an der Republik“, weil wir den Zentrumslangler ablehnten. Jetzt wird der SPD ihr Reichsbannerkamerad unheimlich. Sie möchte ihren Kandidaten abschütteln. Der Vorwärts versucht folgende Rechtfertigung:

„Heute kann gelagt werden, daß Marx damals als kleineres Uebel“ der Arbeiterkassen nur deshalb annahmbar war, weil Wirth hinter ihm stand.“

Der Vorwärts macht einen vergeblichen Versuch einer Wahrenwache, um selbst eine Entschuldigung zu finden. Marx hat nie eine andere als großkapitalistische Politik gemacht. Marx war der Ruhrkämpfer, der Kaiser der Schwarzen Reichswehr. Der Vorwärts sucht Deckung gegen die Arbeiter, die erkennen, wie recht damals die Kommunisten hatten. Dann aber will der Vorwärts die neueste Komödie Wirths deuten und diesem das Spiel gegen die Zentrumsarbeiter erleichtern. Das gemeinsame Zusammenarbeiten zeigte sich auch in Koblenz, wo neben Wirth Sollmann als Redner auftrat.

## Die Arbeiter erwarten die Schutztruppen des Proletariats

### Sympathiebekundungen der Betriebe.

Berlin, 3. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

In Berliner Großbetrieben wächst die Bewegung für den geschlossenen Aufmarsch des Roten Pfingstaufmarsches. Gestern haben wieder zahlreiche Belegschaften beschlossen, Fahnen delegierten zu entsenden, u. a. die Gaswerke Charlottenburg und Marienfelde, die Gasfabrik an der Berlin-Lichtenberg, außerdem in der Betriebsversammlung des Betriebes Greiling u. Thomas in Wedding. In einer Versammlung der 900 Mann starken Belegschaft der J.G. Harben Treptow haben 892 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Resolution ihre Unterschrift gegeben (darunter auch zahlreiche sozialdemokratische Mitglieder); die den Roten Frontkämpfer-Tag begrüßt und wozu in dem Roten Frontkämpfer-Fund die einzige Schutz- und Trutzorganisation gegen den immer tiefer sich erhebenden Faschismus erblickt und verlangt wird, daß alles aufzubieten ist, um einen Krieg gegen den Arbeiter- und Bauernhaas zu verhindern.

Tageszeitungen und Zeitschriften zwecks Führung einer Sch- und Flodabelampagne gegen die Sowjetunion.

## Der englische Kriegsminister bekräftigt die Truppentransporte nach Peking

London, 2. Juni. (Telunion.)

Der englische Kriegsminister teilte heute nachmittags in Beistätigung von Presseberichten im Unterhaus mit, daß weitere Truppen zur Verstärkung der britischen Garnison nach Peking und Tientsin entsandt worden sind. Es liegt bisher keinerlei Bestätigung dieser Nachrichten vor.

London, 2. Juni.

Daily Telegraph meldet zum Erfolge der Nationalisten: Die beiden Regierungen von Nanking und Hantau haben sich in geschickter Weise aus ihrer schwierigen Lage gezogen. Sie haben trotz ihrer politischen Differenzen ihre militärischen Operationen bis zur Niederlage der Nordtruppen in Heberceintimmung gebracht. Der russische General Galen hat die Lage erreicht, indem er für die Heere von Hantau und Nanking Einheit des Befehls herstellte. Seine Operationspläne erregten Bewunderung.

## Englands Vorstoß zur Festigung seiner Herrschaft in Aegypten

London, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Die englische Note an Aegypten ist noch immer nicht veröffentlicht, aber über den Inhalt ist so viel sichergestellt, daß die englische Regierung kategorisch fordert, daß der Feldzug des Oberkommandeurs der ägyptischen Armee weiterhin in den Händen des Sirdar verbleibe. Darüber hinaus verlangt England, daß der Sirdar, der bisher nur im Einvernehmen mit dem ägyptischen Kriegsministerium handeln konnte, seine Wünsche jetzt dem König direkt vortragen soll, ohne daß der Kriegsminister Einspruch zu erheben hätte. Eine weitere Forderung betrifft die Unterstellung der Grenzdistrikte und der Küstenwache unter britisches Kommando.

Diese Forderungen Englands, die die Rechte Aegyptens noch mehr einschränken sollen, zeigen die Beforgnisse, die England infolge der Erhebungen der Kolonialblätter hegt. Mit diesen militärischen Zwangsmassnahmen wird die englische Imperialistenhande den Vormarsch der Befreiungskämpfer nicht hemmen können. Vorläufige lacht man eine Verständigung. Das Beispiel Chinas schreit England, wird aber die unterdrückten Völker ermutigen zu selbständigem Kampf um ihre Freiheit und Rechte.

## Sowjetbotschafterzusammenkunft in Berlin?

An die in nächster Zeit erfolgende Durchreise des Genossen Tschitscherin durch Berlin anlässlich seiner Rückkehr nach Moskau knüpft die bürgerliche Presse die verschiedensten Vermutungen. Danach soll eine Unterredung des Genossen Tschitscherin mit Stresemann und Marx geplant sein. Außerdem sollen die Genossen Kosengols sowie die Sowjetbotschafter in Paris und Rom zu einer Konferenz mit Genossen Tschitscherin in Berlin zusammenzutreffen.

## Wieder ein Landesherratsverfahren gegen einen kommunistischen Redakteur

Berlin, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Gegen den verantwortlichen Redakteur der roten Fahne wurde ein Landesherratsverfahren eingeleitet. Als Begründung wird die Veröffentlichung eines Artikels über die Schwarze Reichswehr in der roten Fahne vom 21. November 1926 genannt. Es stellt sich heraus, daß dieser Artikel nur eine Wiedergabe von Material aus der Denkschrift Wotan darstellt, das auch in der Zeitung und im Berliner Tagblatt bereits veröffentlicht war, wie auch in dem Artikel der roten Fahne ausdrücklich vermerkt wurde.

## Richter Jürgens erhält ein neues Amt

Berlin, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie die Tagliche Rundschau berichtet, wurde der Landgerichtsdirektor Jürgens von der preussischen Justizverwaltung übernommen und soll in einem Zivilgericht außerhalb Berlins Beschäftigung finden.

## Vom Tage

### Das Urteil im Mordprozeß Bröcher

Köln, 2. Juni. (Telunion.)

Im Mordprozeß Bröcher wurde heute abend um 7,25 Uhr das Urteil verkündet. Der Angeklagte Dr. Joseph Bröcher wird wegen Mordes mit dem Tode bestraft; die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm auf Lebenszeit aberkannt. Die Angeklagte Frau Emilie Oberreuther wird wegen Begünstigung zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, worauf 6 Monate der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht werden.

### Großfeuer durch Kinderpiel

3 Tote, mehrere Schwerverletzte

Berlin, 3. Juni. (Telunion.) Wie die Morgenblätter aus München melden, verursachten spielende Kinder in dem Orte Oberhalb im Vayrhilts Wald ein Schadenfeuer, dem 13 Häuser zum Opfer fielen. 2 Erwachsene und 1 Kind sind ihren Brandwunden bereits erlegen. 10 Personen schweben noch im Lebensgefahr.

### Ozeanflug Neuport-Berlin?

Berlin, 3. Juni. (Telunion.) Nach einer Morgenblattmeldung aus Neuport beabsichtigt der Flieger Chamberlain, in den nächsten Tagen einen Ozeanflug mit Berlin als Ziel anzutreten.

### Der Fleitegeier freit

Berlin, 2. Juni. (Telunion.) Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im Mai d. J. durch den Reichsanzeiger 461 neue Konturle — ohne die wegen Massenmangels abgelehnten Anträge auf Kontureröffnung — und 129 angeordnete Geschäftsaussichten bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellen sich auf 421 bzw. 123.

### Todesprung vom Mailänder Dom

Berlin, 2. Juni. Wie die Morgenblätter aus Mailand melden, hat sich ein deutscher Juwelenhändler aus Idar vom Mailänder Dom heruntergestürzt. Er war sofort tot. Der Mailänder Vertreter der Firma vermutet als Ursache des Selbstmordes finanzielle Schwierigkeiten.

### Sinrichtung in Rowno

Rowno, 2. Juni. (Telunion.) Der wegen Spionage zum Tode verurteilte Generalleutnant der Reserve, Kischtschinski, ist gestern erschossen worden.

### Ein Töbichtiger als Massenmörder

Wigo, 1. Juni. (Telunion.) Wie aus Kasan gemeldet wird, hat ein Beamter in einem Töbichtungsfall seine Frau, seine Schwiegermutter und seine vier Kinder mit einem Beil erschlagen.